



## EUROPÄISCHE UNION

Delegation der Europäischen Kommission für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein

Leiter der Delegation - Botschafter

### Europäische Union: 50 Jahre Römische Verträge, die nächsten 50 Jahre

Universität Bern, 26. März 2007

**Doz. Dr. Michael Reiterer**

#### Was wir feiern

Nach dem 1951 unterzeichneten Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS/ Montanunion), vereinbarten die EGKS-Staaten nach schwierigen Verhandlungen und dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954 nur zwei Jahre später, 1956, die Schaffung eines gemeinsamen Marktes (Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG/EURATOM). Die Verträge wurden am 25. März 1957 feierlich von den Außenministern Deutschlands, Frankreichs, Italiens und der Benelux-Staaten auf dem Kapitol in Rom unterzeichnet, daher "Verträge von Rom" bzw. "Römischen Verträge". Sie traten am 1. Januar 1958 in Kraft. Der EGKS-Vertrag ist 2002 ausgelaufen. Die Römischen Verträge aber gelten in der Fassung des Vertrages von Nizza fort und sind noch immer die Basis der EU.

#### Wie wir feiern

In praktisch allen Mitgliedstaaten der Union wurden Feiern abgehalten, die auf die Bevölkerung abzielten – meiner Meinung nach eine notwendige Ergänzung zu den offiziellen Feiern, eigentlich ganz im Sinne der Protestbewegung „Europa nicht ohne uns“.

Am Jahrestag der Unterzeichnung haben beispielsweise über 200 junge Menschen aus den 27 Mitgliedstaaten in der italienischen Hauptstadt zum ersten EU-Jugendgipfel zusammentreffen. Dieser Gipfel bot jungen Menschen aus allen EU-Ländern die Möglichkeit, ihre Ansichten über das heutige Europa zu äußern und ihre Hoffnungen für die Zukunft auszudrücken – nach dem Motto "Dein Europa, deine Zukunft". Die Ergebnisse wurden an die europäischen Staats- und Regierungschefs nach Berlin übermittelt – ein Versuch die "hohe" Politik mit denjenigen zu verbinden, die die nächsten 50 Jahre in Europa gestalten werden.

Der Sondergipfel in Berlin, brachte uns die "**Berliner Erklärung**" – die deutsche Präsidentschaft hat Wort gehalten, die Erklärung ist kurz, verständlich und spricht die wesentlichen Inhalte an. Auch wenn Erklärungen dieser Art die Welt nicht von heute auf morgen verändern, zeigt auch sie vom Willen, die Bürger direkt anzusprechen, was auch in der persönlichen Note von Bundeskanzlerin Merkel zum Ausdruck kam. Robert Schuman hat seinerzeit mit seiner Deklaration, der wir am Europatag, am 9. Mai gedenken, allerdings schon die Welt verändert, indem er den entscheidenden Anstoß gab, die Vorläufer der EU zu gründen, denn:

*„Europa war über Jahrhunderte eine Idee, eine Hoffnung auf Frieden und Verständigung. Diese Hoffnung hat sich erfüllt... Wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind zu unserem Glück vereint... Wir verwirklichen in der Europäischen Union unsere gemeinsamen Ideale: Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Seine Würde ist unantastbar. Seine Rechte sind unveräußerlich... Die Europäische Union gründet sich auf Gleichberechtigung und solidarisches Miteinander. So ermöglichen wir einen fairen Ausgleich der Interessen zwischen den Mitgliedstaaten... Wir wahren in der Europäischen Union die Eigenständigkeit und die vielfältigen Traditionen ihrer Mitglieder. Die offenen Grenzen und die lebendige Vielfalt der Sprachen, Kulturen und Regionen bereichern uns. Viele Ziele können wir nicht einzeln, sondern nur gemeinsam erreichen. Die Europäische Union, die Mitgliedstaaten und ihre Regionen und Kommunen teilen sich die Aufgaben... Wir stehen vor großen Herausforderungen, die nicht an nationalen Grenzen Halt machen. Die Europäische Union ist unsere Antwort darauf. Nur gemeinsam können wir unser europäisches Gesellschaftsideal auch in Zukunft bewahren zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union... Dieses europäische Modell vereint wirtschaftlichen Erfolg und soziale Verantwortung... Mit der europäischen Einigung ist ein Traum früherer Generationen Wirklichkeit geworden. Unsere Geschichte mahnt uns, dieses Glück für künftige Generationen zu schützen. Dafür müssen wir die politische Gestalt Europas immer wieder zeitgemäß erneuern. Deshalb sind wir heute, 50 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge, in dem Ziel geeint, die Europäische Union bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage zu stellen.“*

### **Haben wir Grund zu feiern?**

Wie aus dem kurzen Zitat ersichtlich, skizziert die Erklärung ein Gesellschaftsmodell eingebettet in einem neuen institutionellen Rahmen, das eine neue Art des Zusammenlebens und Zusammenwirkens erlaubt, die für Europa historisch neu sind und auch für die Welt in vielen Bereichen beispielgebend ist - durchaus ein Grund zum Feiern!

Die britische Tageszeitung, "The Independent", hat vor kurzem 50 Gründe veröffentlicht<sup>1</sup>, „die EU zu lieben“. Natürlich hat die Financial Times eine Umfrage in den fünf größten Mitgliedstaaten publiziert, die die Unpopularität der Union belegen soll, doch lassen Sie mich angesichts der Feierstimmung einmal mit dem Positiven beginnen:

Hier ist eine kurze Auswahl der 50 Gründe die Europäische Union zu lieben:

- Das Ende des Krieges zwischen den Europäischen Nationen
- Blühende Demokratie in 27 Staaten der EU
- Einst arme Länder wie Griechenland, Irland oder Portugal erblühen
- Der größte Binnenmarkt der Welt
- Europaweite Verbrechensbekämpfung durch Europol
- Keine Todesstrafe in der gesamten EU

---

<sup>1</sup> <http://news.independent.co.uk/europe/article2377695.ece>

- Relativ kleine EU-Bürokratie (nur 24.000 Angestellte, weniger als beim englischen öffentlichen TV-Sender BBC, weniger als in der Schweizer Bundesverwaltung)
- EU spielt Vorreiterrolle bei Eindämmung der Treibhausgase
- Der EURO vom Mittelmeer bis nach Schweden, vom Atlantik bis nach Berlin
- Starke Konsumentenschutz
- Europaweites Studentenaustauschprogramm
- Keine Passkontrollen im Schengenraum an den Grenzen vieler europäischer Staaten
- Erfolgreiche Gemeinsamen Forschungsrahmenprogramme
- Freie Mobilität für Arbeiter und Angestellte in den EU-Staaten.

Auf die meisten dieser Punkte werde ich noch zurückkommen.

Ich halte weder etwas davon die Europäische Union in eine Krise zu reden, noch unkritisch alles zu loben und zu verteidigen – ich bin von der Idee überzeugt, daher ist auch konstruktive Kritik erlaubt oder sogar notwendig.

Ich halte es mit dem Vergleich einer Aktie: Grundtendenz steigend, auch wenn man bei genauerem Hinsehen Zacken, Ausreisser nach unten und oben sehen kann.

Unbestrittene positive Ausreisser der ersten Jahrzehnte waren die Neuordnung Europas, der Aufbau von Rechtsstaaten und Demokratien, von Wohlfahrtsstaaten, die Aussöhnung innerhalb Europas und der letztlich erfolgreiche Abwehrkampf gegen die Sowjetunion und den Kommunismus. Ohne die Europäische Union wäre die Wiedervereinigung Deutschlands nicht möglich gewesen.

Als ich Mitte der 80er Jahren des letzten Jahrhunderts erstmals in Japan arbeitete wurde der "Industriefriedhof" Europa gering geschätzt – Japan und die Tiger Südostasiens schienen die einzigen mit Zukunft zu sein, vielleicht noch die USA. Das Blatt drehte sich dann schnell, das Binnenmarktkonzept gab der damaligen EG die notwendigen Reformimpulse, der Geringschätzung wich die Angst vor der "Festung Europa". Dann platzte die japanische Immobilienseifenblase und bescherte der asiatischen Industrie- und Technologiemacht ein "verlorenes" Jahrzehnt. Auch die ostasiatischen Tiger mutierten im Gefolge der asiatischen Finanzkrise 1998 rasch zu Kätzchen – sie entwickeln sich langsam wieder zu Tigern zurück **und** – das ist für unser Thema von Bedeutung – haben die Lehre gezogen, dass Krisen und andere Herausforderungen in der Globalisierung nicht nur leichter gemeinsam sondern wahrscheinlich **nur** gemeinsam zu meistern sind. Die südostasiatischen seit langem in der Vereinigung südostasiatischer Staaten (ASEAN) lose kooperierenden Länder wurden zum Nukleus der ostasiatischen Integrations- und Kooperationsbestrebungen. Zwei ostasiatische Gipfel unter Einschluss von China, Japan, Korea sowie von Australien und Indien legen davon ein Zeugnis ab. Das positive Interesse am europäischen Modell, das als Erfolgsmodell angesehen wird, der Wille daraus zu lernen, hat mich auf meinem letzten Posten in Tokio in meiner eigenen Überzeugung immer wieder bestärkt.

Eine der größten Errungenschaften der Union ist ihre **Erweiterung**. Die Berliner Erklärung setzt den Akzent richtig auf die Menschen, die diese Entwicklung ermöglicht haben: *„Der Freiheitsliebe der Menschen in Mittel- und Osteuropa verdanken wir, dass heute Europas unnatürliche Teilung endgültig überwunden ist. Wir haben mit der europäischen Einigung unsere Lehren aus blutigen Auseinandersetzungen und leidvoller Geschichte gezogen. Wir leben heute miteinander, wie es nie zuvor möglich war.“*

So wurden auch der Fall des Eisernen Vorhanges und der Berliner Mauer noch bejubelt, doch der Krieg am Balkan mit dem Zerfall von Jugoslawien traf die Union unvorbereitet und ist sicherlich ein Zacken nach unten in der Entwicklung der europäischen Aktie.

Krieg, Mord und Genozid hätten im 20. Jahrhundert nicht mehr vor unseren Augen passieren dürfen.

Die Lehre, die daraus gezogen wurde, war das ein rein wirtschaftliches Europa nicht ausreichend ist, die Probleme nicht bewältigen kann. Die Verträge von Maastricht und Amsterdam schufen die Grundlage für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – das politische, strategische und auch gemeinsame militärische Denken hielt offiziell Einzug in die Union, ein Weisheitsschub in meiner Bewertung.

Dass eine Grundlage alleine nicht ausreichend ist, zeigte uns ein anderes außenpolitische Politversagen – die europäische Uneinigkeit anlässlich des Irak Krieges. Die Lehre wiederum daraus findet sich im Verfassungsvertrag für Europa, dem darin vorgesehenen Europäischen Außenminister. Er oder Sie wird kommen, die Bürger Europas wollen mehr Europa, um international präsent und effizienter zu sein, um an der internationalen Politik nicht nur teilzuhaben, sondern sie mitzugestalten.

Das Politikfeld europäische Außenpolitik weitet sich auch ständig aus: Diente ihr die erfolgreiche gemeinsame Handelspolitik im GATT und dann der WTO als Inspiration, ist sie über das rein Wirtschaftliche hinausgewachsen:

Als Teil der Quad bemühte sich die Union im Nahen Osten den Konflikt zu besänftigen und geht dabei auch eigenständige Wege – Beispiel Unterstützung der palästinensischen Verwaltung. Im fernen Aceh, Indonesien, war die Union die einzige Institution, die das Vertrauen der Aufständischen und der Regierung genoss, um den Befriedigungsprozess zu überwachen. Nach zehntausenden Toten fanden in der Demokratischen Republik Kongo unter europäischer Bewachung und Aufsicht erstmals Wahlen statt, die diese Bezeichnung verdienen

Energiepolitik, spätestens seit dem ersten Ölschock der 70er Jahre Teil jeder strategischen Planung, wird ergänzt um Energiesicherheitspolitik nun ebenso "europäisiert" wie Umweltpolitik und Klimaschutz.

Das "Poolen" von Souveränität bringt der EU in ihrer Gesamtheit mehr Einfluss; gelingt individuell einem Mitgliedstaat sein nationales Anliegen zu "europäisieren" steigen die Chancen der Durchsetzung – eine so genannte Win-win-Situation.

Wiederum in Asien habe ich miterlebt, wie eine weitere europäische Erfolgsstory Beachtung fand – als der **EURO** in Yen plötzlich mehr wert als der Dollar war, drang die europäische Währung in das kollektive Bewusstsein ein und wurde als neue Transaktions- und Reservewährung wahrgenommen. Die in ihrer Region umtausch- und visumgeplagten asiatischen Reisende können die Vorteile der Euro-Zone und die Bewegungsfreiheit des Schengenraumes noch besser schätzen als Europäer, die dies bereits als Selbstverständlichkeit hinnehmen, obwohl sie dies auch hier noch nicht ist: Bürger europäischer Nicht-Mitgliedstaaten fühlen sich im Zuge der Erweiterung plötzlich in einer Rand- und Ghettolage, in der wir sie nicht belassen dürfen.

### **Lehren aus 50 Jahren Bauarbeit**

Eine wichtige Lehre aus den letzten fünfzig Jahren ist, dass wir Europa nicht sich selbst bzw. einem anonymen "Brüssel" überlassen dürfen. Die „Idee Europa“ ist kein fertiges Produkt,

sondern eine permanente Herausforderung, eine ständige Baustelle, daher ist auch die Mitgliedschaft in der Union ein dauernder Verhandlungsprozess. Robert Schuman war von Anfang an klar, dass Zusammenarbeit und Integration ein dynamischer Prozess sein muss und nicht eine fertige Blaupause: *"Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen"* verkündete er in seiner bekannten Erklärung.

Dynamik schafft sich nicht von alleine, sie muss geschaffen werden. Das Projekt muss erklärt, angepasst und weiterentwickelt werden, daher braucht das Projekt Führung. Bestimmten in den ersten fünfzig Jahren Persönlichkeiten, die sich mit der Idee für die das Projekt der Union steht identifizierten - Schuman, Monet, Churchill, Adenauer, Spaak, de Gaspari, Mitterand, Kohl, Delors – so sehe ich heute eine Kollektivierung und Anonymisierung und damit verbunden eine Technisierung, die dem Projekt abträglich ist.

Kollektiv distanzieren sich viele Politiker von "Brüssel" – als wäre es nicht auch ihr Werk, als würden sie dort nicht tätig sein und meist selbst im Ministerrat diejenigen Beschlüsse fassen, die sie dann zu Hause kritisieren. Diese kurzsichtige Politik über Jahre gepflegt muss zum Ergebnis führen, das wir allenthalben sehen: eine Entfremdung der Bürger, ein Mangel an Identifikation. Was soll am ständig Kritisierten denn auch gut sein?

Anonymisierung ist ein Sargnagel im Zeitalter der Mediendemokratie und der Globalisierung, wo sich die Bürger verstärkt am Lokalen, am Vertrauten festhalten wollen, das sie kennen, das sie verstehen – im Gegensatz zu einem Konstrukt in dem alles mit allem verknüpft und damit unkontrollierbar erscheint.

Erklärung des Technischen, der Verfahren und der Abläufe kann zwar bei einigen „Kopfmenschen“ Verständnis wecken und dadurch Angst reduzieren, aber dies gilt nur für eine Minderheit und birgt noch dazu die Gefahr in sich, ein eminent politisches Projekt, das die europäische Integration ist, auf technische Abläufe zu reduzieren und damit zu verfremden. Der Mehrheit der Bürger muss die EU jedoch anders näher gebracht werden, nicht im Kopf, im Bauch:

Die EU muss erfahrbar sein, auf die Sorgen eingehen und den Erwartungen gerecht werden – sie muss „etwas bringen“.

Dieser Erklärungsbedarf darf nicht – wie erwähnt - an ein anonymes "Brüssel" delegiert werden. Dies ist Aufgabe des Bürgermeisters, des regionale Minister, des Ministerpräsidenten. Der Agrarminister müsste darauf hinweisen, dass ein Grossteil der an die Bauern geleisteten Zahlungen aus Brüssel und nicht von ihm oder ihr kommen; der Infrastrukturminister sollte Farbe bekennen, dass die Strasse, der Flughafen, die Schule, die Stadterneuerung von "Brüssel" und nicht von ihm oder ihr sondern von der EU zumindest ko-finanziert werden. Ich weiß, eine nahezu übermenschliche Anforderung, doch konkrete Beispiele mache die EU erfahr- und sichtbar.

Auch die weitgehend unbekanntes Rechte der europäischen Staatsbürgerschaft – wie das Recht in jedem Mitgliedstaat zu arbeiten oder Aufenthalt zu nehmen, Recht an Kommunalwahlen nach fünf Jahren Aufenthalt teilzunehmen, Schutz im Ausland bei jeder Botschaft eines Mitgliedstaates – müssten besser publiziert werden.

Der Einsatz der Wettbewerbsschützer kommt den Konsumenten zu Gute. Auf Druck der Kommission werden die roaming Gebühren für Mobiltelefone gesenkt – wer kann sich heute noch ein Leben ohne sie vorstellen und wird sich daher in der EU Geld ersparen?

Offene Grenzen - Abbau der Grenzkontrollen: Schlagbäume auf dem Weg nach Spanien, ein Stempel im Pass bei der Fahrt nach Frankreich, Grenzkontrollen im Zug nach Italien: Das alles ist innerhalb der Union bereits Geschichte.

Dabei ist der Abbau der Kontrollen innerhalb der Europäischen Union auch 50 Jahre nach ihrer Gründung keineswegs selbstverständlich - die aktuelle Lage an den Grenzen zwischen alten und neuen EU-Staaten macht das deutlich. An dieser Linie beginnt derzeit der Schengen-Raum, den viele Europäer inzwischen für völlig selbstverständlich halten.

Dabei waren viele Jahre vergangen, bevor die Vertreter der fünf EU-Staaten Deutschland, Frankreich, Belgien, Niederlande und Luxemburg am 14. Juni in Schengen ihr Übereinkommen zum Abbau der Grenzkontrollen unterzeichneten. Und es dauerte weitere Jahre, bis entsprechende Ausführungsbestimmungen wirkten. Inzwischen gehören zur Schengen-Zone alle 15 alten EU-Staaten außer Großbritannien und Irland sowie zusätzlich die Nicht-EU-Länder Norwegen und Island – die Schweiz und Liechtenstein sollten 2009 dabei sein.

"Schengen" macht Europa für die Bürger erfahrbar – vergleichbar nur dem Euro. Deshalb drängen auch die neuen EU-Staaten auf Aufnahme in die Zone. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass sie ihre Außengrenzen nach EU-Standards überwachen und der Datenaustausch zwischen allen Schengen-Ländern einwandfrei funktioniert.

Denn wenn sich Touristen und Geschäftsreisende nach dem Betreten des Schengen-Gebiets frei in vielen Staaten Europas bewegen können, dann gilt das für Kriminelle ebenso. Deshalb haben die Länder einheitliche Regeln für Visa Vergabe und Einreisekontrollen festgelegt.

An Grenzen ist auch das Problem der Einwanderung, der legalen aber vor allem auch das der illegalen, des Menschenhandels, der Zwangsprostitution festzumachen. Grenzen sind da oft noch Synonym für Todesgefahr und Tod – eine vielschichtige europäische Herausforderung, der nicht nur mit mehr Polizei, sondern mit Arbeit an den Wurzeln begegnet werden kann – die Union hat die Herausforderung angenommen, doch der Weg zur Lösung ist ein langer und wir sind bestenfalls am Anfang.

Das waren Beispiele, wo die Union eine Leistung erbrachte<sup>2</sup>, doch oft stimmen Erwartungshaltung und Möglichkeiten nicht überein: die Hauptsorgen der europäischen StaatsbürgerInnen sind ein sicherer Arbeitsplatz und eine gesicherte Pension – in beiden Fällen hat die Union keine Kompetenz, Maßnahmen zu setzen. Sie bietet den Experten und Politikern ein Forum für Gespräch, Erfahrungsaustausch und erarbeitet best practices, reporting cards.... Handeln müssen jedoch die Mitgliedstaaten, doch wenn's nicht klappt, ist „die EU“ schuld, nicht der einzelne Staat.

Mangels europaweiter Medien – keine Zeitung wird in der ganzen EU von einer Mehrheit gelesen, kein europäisches TV Nachrichten Programm in die Haushalte geliefert – dank der sprachlichen und kulturellen Vielfalt, die es zu respektieren gilt – ist die EU und ihre Inhalte auf "Fürsprecher" und "Übersetzer" angewiesen. Die EU wird fast ausschließlich durch die nationale Brille gesehen und oft „passend“ eingefärbt, was nur selten zugunsten der EU ausschlägt.

Doch wir gleiten schon wieder ab in das Finanzielle und Technische. "Das, wofür die EU steht" scheint vielen nicht mehr klar zu sein, vor allem wenn sie nicht eine historische Betrachtung anstellen, sondern in die Zukunft blicken.

---

<sup>2</sup> [http://europa.eu/success50/index\\_de.htm?idfiche=31](http://europa.eu/success50/index_de.htm?idfiche=31) 50 Erfolgsgeschichten der EU.,

## Die nächsten 50 Jahre

Was werden die nächsten fünfzig Jahre Europa bringen? Wird die Union weiterhin der bestimmende Faktor am Kontinent bleiben? Wird sie eine führende Rolle auf der Weltbühne einnehmen? Wird sich die Union anpassen, weiterentwickeln oder an ihren inneren Gegensätzen scheitern? Was wäre dann die Alternative oder anders gefragt, was wären die Kosten der Nichtexistenz der Union?

Ich bin kein Hellseher und kann Ihnen daher nur Überlegungen, nicht Antworten auf diese Fragen anbieten.

Zunächst steht ein sehr unspektakuläres und damit der Öffentlichkeit nicht leicht "verkaufbares" Programm auf dem europäischen Spielplan: **Konsolidierung und Umsetzung des Erreichten.**

- Wenn man sich jedoch die Mühe macht sich vorzustellen, was es bedeutete den alten Kernbereich der Union, den Binnenmarkt und seine vier Freiheiten für alle 27 und bald mehr, wirksam zu machen und den gesamten Dienstleistungsbereich – Finanzen, Versicherungen, Transport, Energie – einzuschließen, sowie beispielsweise die Steuerbasis für die Unternehmensbesteuerung zu harmonisieren um einen fairen Steuerwettbewerb zu ermöglichen, so ist noch ein gewaltiges Reform- und Liberalisierungsprogramm zu bewältigen.
- Bereich Inneres- und Justiz: Vernetzung von Justizbehörden und Polizei, Anerkennung von Rechtstiteln, gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik, Meisterung der Immigration.
- Transportpolitik: Ausbau der europäischen Netze von Strasse, Schiene, Schiff und Flug bei gleichzeitiger Ökologisierung und damit eng verbunden
- Paradigmenwechsel in der Politikgestaltung: Nachhaltigkeit als Leitmotiv für alle Politikbereiche, nicht nur im Umweltschutz und der Bekämpfung des Klimawandels, mit dem Ziel Synergien im europäischen Kontext zu schaffen.
- Hinzu kommt noch die Notwendigkeit eines weiteren Paradigmenwechsel, des der Politikinhalt: Der Wechsel von einem ursprünglich Elite getriebenen Friedensprojektes zu einem Europa der Politiken zur Meisterung der neuen Herausforderungen, einem Bürger bestimmten Europa in dem diese zu Recht mehr demokratische Mitbestimmung einfordern. Die Kunst hierbei ist das richtige Augenmass zu bewahren: die Union ist weder ein Staat noch die Vereinigten Staaten von Europa, daher können nationalstaatlich Philosophien und Konzepte nicht eins zu eins übertragen werden. So hat beispielsweise die „méthode communautaire“, Ausdruck der Verpflichtung der Europaeischen Kommission auf die gesamteuropäischen Interessen, ein für den Erfolg des Integrationsprozesses hauptverantwortlicher Eckstein des Systems, keine Entsprechung im staatlichen System. Die Rolle der europäischen Institutionen ist auch einzigartig: sie wurden historisch den Nationalstaaten an die Seite gestellt, um sie zu zügeln. Im Laufe der Zeit ist ihre demokratische Legitimation, direkt oder indirekt gestiegen. Montesquieu hatte nicht die Union im Auge, als er seine Staatstheorie zu Papier brachte!

Ich will es mit dieser kursorischen Aufzählung einiger weniger Beispiele bewenden lassen.

Meiner Überzeugung nach ist die europäische Integration so weit fortgeschritten, dass sie über weite Strecken unumkehrbar geworden ist. Dies wird auch von den europäischen Bürgern so gesehen: trotz vieler Kritik gibt es in keinem Mitgliedstaat eine Mehrheit für den Austritt –

maximal 22% sind laut der erwähnten Financial Times Umfrage dafür<sup>3</sup>. Dies nicht nur aus ideologischen Gründen, sondern auf Grund der Macht des Faktischen, der Sachzwänge, die sich aus dem ergeben, was wir gerne „Globalisierung“ nennen.

Dies ist nicht auf Europa beschränkt – wenn Einheiten nicht in sich so groß sind, dass eine kritische Masse darstellen – die USA, Russland, China – sind in allen Weltgegenden klare Tendenzen zur regionalen und interregionalen Kooperation erkennbar, an denen sich die Grossen meist beteiligen: NAFTA (USA-Canada-Mexiko), Mercosur in Amerika, ASEAN, ASEAN Plus Three, Shanghai Cooperation Organisation in Asien, die Organisation Afrikanischer Einheit in Afrika, die durch APEC oder ASEM oder den transatlantischen Dialog vernetzt werden. Wenngleich es bei Zusammenschlüssen und Kooperationen immer auch politisch-strategische Überlegungen gibt, diktiert heute immer mehr die Natur der Probleme internationale Zusammenarbeit.

Die im letzten Jahr vereinbarte Zusammenarbeit der EU mit USA, Japan, China, Korea, Russland und Indien (die Schweiz und Brasilien wollen sich auch beteiligen) zur Bündelung von nationaler Forschungs- und Entwicklungspolitik und der unbedingt notwendigen Kofinanzierung von geschätzten 10,3 Mrd. Euro verteilt über 30 Jahre, zur Erforschung der Kernfusion, um nach Möglichkeit das Energieproblem der Menschheit zu lösen, ist ein eindruckliches Beispiel. (ITER: International Thermonuclear Experimental Reactor)

**Stichwort "Unumkehrbarkeit"** – lassen Sie mich ein paar Beispiele für die wirtschaftlichen **Kosten der Nicht-EU** geben, ohne darüber zu spekulieren, wie Europa politisch, ohne die EU dastehen würde – wäre die Einigung ohne die EU möglich gewesen? Welche Politik würden die verschiedenen Nationalstaaten führen, gegeneinander oder miteinander? Wie wäre ihre Stellung in der internationalen Politik – mitbestimmend oder ein Spiel größerer Mächte?

- Ohne EU kreuzten am Himmel nur die traditionellen Staatsgesellschaften wie Lufthansa, Air France und British Airways. Billig-Airlines hätten es ohne EU ungemein schwerer. Wer mit dem Auto reist, würde nicht verwaiste Grenzhäuschen sehen, sondern müsste Staus in Kauf nehmen – ich habe Schengen bereits ausführlich erwähnt.
- Einmal im Urlaubsland angekommen, würde der erste Weg zur Wechselstube oder zur Bank führen, um dort die Scheine umzutauschen – dem Euro sei es in 13 Staaten gedankt.
- Für Lkw-Fahrer wären ohne EU Wartezeiten von bis zu einem Tag Alltag wie an der deutsch-polnischen Grenze vor dem EU-Beitritt Polens 2004.
- Statt eines großen Binnenmarkts mit inzwischen 27 Mitgliedern würde Kleinstaaterei herrschen. Monopolisten würden sich die Hände reiben und "economy of scales" könnte man wieder nur auf dem US Markt studieren.
- Hätte Brüssel nicht Mitte der 80er Jahre den Grundstein für die Öffnung der Märkte gelegt, hätte man etwa beim Telefonieren nicht die Wahl unterschiedlicher Anbieter. Auch für Handys gäbe es ohne EU keinen europaweiten Standard. Bei derzeit teuren Handytelefonaten im Ausland können Mobilfunknutzer sogar noch in diesem Jahr mit einer Gebührensenkung rechnen - Brüssel sei Dank.

---

<sup>3</sup> <http://www.ft.com/cms/s/852402b8-91dc-11db-a945-0000779e2340.html>

- Nur eingeschränkte Mobilität der Studierenden: Und während in den 60er Jahren ein Auslandsaufenthalt in den meisten Fällen Utopie blieb, ist er heute fast schon Pflicht. Rund 1,5 Millionen Studierende haben an dem vor 20 Jahren gegründeten Austauschprogramm Erasmus teilgenommen, 1% der Studierenden, und bilden damit ein wichtiges Netzwerk von Menschen mit konkreter Europaerfahrung – inklusive lebenslanger Freundschaften und Bindungen. Ich bin froh, dass Schweizer Studenten teilnehmen können und ermuntere sie dazu.
- Kein Bologna Prozess: Dank dieser Initiative ist das Studium durch Bachelor- und Master-Abschlüsse europäischer und vergleichbarer geworden.

### **Erweiterung als Prozess**

Die Union hat auch noch nicht die **Grenzen Europas** erreicht – im Englischen kann man den schönen Unterschied zwischen „frontier“ und „border“ machen, im Deutschen würde ich ersteres mit „Herausforderung“ und das zweite mit „Grenze“ umschreiben. Die Herausforderung wird sein, die Grenzen zu definieren, jedoch nicht nur mittels der Geographie, sondern auch und vor allem nach politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Kriterien. Unter Berücksichtigung all dieser Elemente wird die Grenzziehung zu erfolgen haben, jedoch ohne neue Mauern oder neue "Eiserne Vorhänge" zu errichten, wie in anderen Weltgegenden.

Die viel strapazierte Aufnahmefähigkeit der Union ist **keine** konstante, vorgegebene Größe, sondern gestalt- und ausbaubar. Vergleichbar einer Pflanze, die gepflegt und gedüngt werden muss, damit sie wächst und nicht verdorrt. Aufnahmefähigkeit muss auch gepaart sein mit der Aufnahmewilligkeit, eine zutiefst politische Aufgabe.

Offener politischer Diskurs, Toleranz, Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Kontrolle von Macht und Recht d.h. Herrschaft des Rechts sind nicht nur die Grundbausteine, sondern auch die Elemente, die im Pflanzendünger sein müssen. Die bisherige Erfahrung mit der Erweiterung - ich wiederhole: meiner Ansicht nach eines oder das erfolgreichste Projekt der Union - lehrt uns, dass die damit verknüpften Herausforderungen, politisch verantwortlich abgearbeitet und verarbeitet werden müssen.

Überlässt man diese wichtige Aufgabe Populisten, die in "wir" und "die" Kategorien polemisieren, Fremdenfeindlichkeit und primitive Ängste schüren und das Offenkundige, die Vernetzung und den gegenseitigen Nutzen leugnen, wird das Positive in das Negative verkehrt, die Grundstimmung feindlich. Nicht wenige Politiker verlässt mit dem Auge auf die nächsten Wahlen der Mut, entschieden gegen Populisten aufzutreten und ihre Aufgabe als Politiker oder als Regierungen wahrzunehmen: verantwortungsvoll zu führen, zu regieren.

Gemeinsames Handeln statt Pochen auf ein 1648 aktuell gewesenes Konzept der Souveränität - Souveränität wird in der Union „gepoolt“ und nicht „abgetreten“ - sind notwendig, um beispielgebend in jenen Teilen Europas zu bleiben, wo Territorialfragen noch ungelöst und Toleranz und Schutz von Minderheiten noch öffentliche Güter sind, die zwar nachgefragt, aber nur sehr knapp angeboten werden.

### **Die Verantwortung der Union in der Welt**

Die Erwartungshaltung an die EU ist nicht nur wie erwähnt innerhalb der Union gestiegen, auch die Weltgemeinschaft erwartet sich konstruktive politische Beiträge der Wirtschaftsmacht Europa auf internationaler Ebene. Eine funktionierende Achse Brüssel – Washington, enge Zusammenarbeit mit dem wichtigsten politischen, militärischen und

wirtschaftlichen Partner ist trotz immer wieder auftretender unterschiedlicher Auffassungen unverzichtbar und muss ein Axiom der Außenpolitik der Union sein. Ein starker Partner mag nicht immer ein bequemer Partner sein, doch ein schwacher Partner ist nicht nur nicht hilfreich, sondern verliert rasch den Status als "Partner".

Die Stabilisierung Europas sowie der anliegenden Staaten – Stichworte Balkan, Türkei, Europäische Nachbarschaftspolitik – sind eminent wichtige und schwierige Herausforderungen, denen sich die Union nicht nur im Interesse Europas, sondern der internationalen Gemeinschaft stellen muss, da von ihrer Lösung oder von ihrem Scheitern alle betroffen sind, positiv wie negativ.

Dass die EU – Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten – der weltgrößte Geber von Entwicklungshilfe ist, zeigt, dass sie nicht nur ein Papiertiger ist, sondern auch Verantwortung übernimmt, insbesondere auch in Afrika.

### **Eine bürgerfreundliche Basis für Europa**

Die Ablehnung des Verfassungsvertrages für Europa durch zwei Staaten war ein Rückschlag, eine Zacke nach unten – doch wird auch dieses Problem gelöst werden, die Berliner Erklärung ist ein starkes Indiz dafür, dass der politische Wille vorhanden ist bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 eine Lösung zu finden. Man darf auch nicht vergessen, dass immerhin 18 Staaten d.h. 300 Millionen Europäer die Verfassung direkt oder indirekt angenommen haben und aktiv dafür eintreten!

Um die EU den Bürgern näher zu bringen, sollte wir mehr **in Politiken, in Zielen** sprechen und nicht in Strukturen und Jargon. Visionären sollte nicht ein Besuch beim Psychiater empfohlen werden.

Institutionen sind wichtig, Prozesse sind wichtig und auch Transparenz ist wichtig - doch all dies wirkt spröde, bürokratisch und sollte nicht im Zentrum der Diskussion und der Vermittlung des Projektes Europa stehen. Der Wettbewerb der Ideen erscheint mir wichtiger – reduziert man die Union nur auf das Praktische, macht man das Pragmatische zur Maxime der Politik, werden sich die europäischen Bürger der Union nicht wieder zu, sondern noch weiter abwenden. In den Worten von Denis de Rougemont „il faut faire des Européens“.

"Gemeinsam", "ensemble", "insieme", "together" ist das Leitmotiv der 50 Jahrfeier – als Institution ist die Europäische Union noch zu jung, um in eine Midlife Crisis zu verfallen, sie hat aber in ihrem Leben bereits so viel an Erfahrung in Befriedung, Aussöhnung, Auf- und Umbau von Gesellschaften, Krisenmanagement, friedensstiftenden und friedenserhaltenden Einsätzen gesammelt, und ist als Mitsiegerin aus der großen ideologischen Auseinandersetzung des 20. Jahrhunderts hervorgegangen, dass sie über einen reichen Erfahrungsschatz verfügt, der gepflegt werden muss, denn nichts muss bleiben wie es ist, sondern gepflegt und weiterentwickelt werden.

"Gemeinsam" sind wir aufgerufen, daran zu arbeiten, mitzuarbeiten und uns zu engagieren – das gilt auch für die Schweiz als Mitglied der europäischen Wertegemeinschaft - denn - und so schliesst die Berliner Erklärung – „*denn wir wissen: Europa ist unsere gemeinsame Zukunft*“.



SEIT 1957

## Berliner Erklärung

### **Erklärung anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge**

Europa war über eine Idee, eine Hoffnung auf Frieden und Verständigung. Diese Hoffnung hat sich erfüllt. Die europäische Einigung hat uns Frieden und Wohlstand ermöglicht. Sie hat Gemeinsamkeit gestiftet und Gegensätze überwunden. Jedes Mitglied hat geholfen, Europa zu einigen und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Der Freiheitsliebe der Menschen in Mittel- und Osteuropa verdanken wir, dass heute Europas unnatürliche Teilung endgültig überwunden ist. Wir haben mit der europäischen Einigung unsere Lehren aus blutigen Auseinandersetzungen und leidvoller Geschichte gezogen. Wir leben heute miteinander, wie es nie zuvor möglich war.

Wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind zu unserem Glück vereint.

I.

Wir verwirklichen in der Europäischen Union unsere gemeinsamen Ideale: Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Seine Würde ist unantastbar. Seine Rechte sind unveräußerlich. Frauen und Männer sind gleichberechtigt.

Wir streben nach Frieden und Freiheit, nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, nach gegenseitigem Respekt und Verantwortung, nach Wohlstand und Sicherheit, nach Toleranz und Teilhabe, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir leben und wirken in der Europäischen Union auf eine einzigartige Weise zusammen. Dies drückt sich aus in dem demokratischen Miteinander von Mitgliedstaaten und europäischen Institutionen. Die Europäische Union gründet sich auf Gleichberechtigung und solidarisches Miteinander. So ermöglichen wir einen fairen Ausgleich der Interessen zwischen den Mitgliedstaaten.

Wir wahren in der Europäischen Union die Eigenständigkeit und die vielfältigen Traditionen ihrer Mitglieder. Die offenen Grenzen und die lebendige Vielfalt der Sprachen, Kulturen und Regionen bereichern uns. Viele Ziele können wir nicht

einzelnen, sondern nur gemeinsam erreichen. Die Europäische Union, die Mitgliedstaaten und ihre Regionen und Kommunen teilen sich die Aufgaben.

## II.

Wir stehen vor großen Herausforderungen, die nicht an nationalen Grenzen Halt machen. Die Europäische Union ist unsere Antwort darauf. Nur gemeinsam können wir unser europäisches Gesellschaftsideal auch in Zukunft bewahren zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union. Dieses europäische Modell vereint wirtschaftlichen Erfolg und soziale Verantwortung. Der Gemeinsame Markt und der Euro machen uns stark. So können wir die zunehmende weltweite Verflechtung der Wirtschaft und immer weiter wachsenden Wettbewerb auf den internationalen Märkten nach unseren Wertvorstellungen gestalten. Europas Reichtum liegt im Wissen und Können seiner Menschen: Dies ist der Schlüssel zu Wachstum, Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt.

Wir werden den Terrorismus, die organisierte Kriminalität und die illegale **Einwanderung** gemeinsam bekämpfen. Die Freiheits- und Bürgerrechte werden wir dabei auch im Kampf gegen ihre Gegner verteidigen. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit dürfen nie wieder eine Chance haben. Wir setzen uns dafür ein, dass Konflikte in der Welt friedlich gelöst und Menschen nicht Opfer von Krieg, Terrorismus und Gewalt werden. Die Europäische Union will Freiheit und Entwicklung in der Welt fördern. Wir wollen Armut, Hunger und Krankheiten zurückdrängen. Dabei wollen wir auch weiter eine führende Rolle einnehmen.

Wir wollen in der Energiepolitik und beim Klimaschutz gemeinsam vorangehen und unseren Beitrag leisten, um die globale Bedrohung des Klimawandels abzuwenden.

## III.

Die Europäische Union lebt auch in Zukunft von ihrer Offenheit und dem Willen ihrer Mitglieder, zugleich gemeinsam die innere Entwicklung der Europäischen Union zu festigen. Die Europäische Union wird auch weiterhin Demokratie, Stabilität und Wohlstand jenseits ihrer Grenzen fördern.

Mit der europäischen Einigung ist ein Traum früherer Generationen Wirklichkeit geworden. Unsere Geschichte mahnt uns, dieses Glück für künftige Generationen zu schützen. Dafür müssen wir die politische Gestalt Europas immer wieder zeitgemäß erneuern. Deshalb sind wir heute, 50 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge, in dem Ziel geeint, die Europäische Union bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage zu stellen.

Denn wir wissen: Europa ist unsere gemeinsame Zukunft.